Saarlouis, Donnerstag, 22. April 1920.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Bezugspreis monatlich 9,00 Mk. Mit Postbezug 9,90 Mk. Zeitungspreis für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene monatlich 80% Kriegszuschlag; für ausserhalb wohnende Kriegsbeschädigte die Hälfte 80% Kriegszuschlag. Zeitungsgebühr.

Nr. 93.
49. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, in Saarlouis die Geschäftsstelle, Kaiserstraße Nr. 6, Fernsprecher 6568 der Zeitungsstelle. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 2. Postscheck 38.

Der kath. Adel und das Zentrum.

Mein Artikel zu Pfingsten hat in Nr. 14 der „Allgemeinen Rundschau" vom 2. 4. 1920 eine Abhandlung „Der katholische Adel Deutschlands und die Politik" veröffentlicht. Man wird die Veröffentlichung des bedauerlichen Namens, die ein schönes Zeugnis verbreitet katholischen Mäßigung und objektiver Kritik sind, gerade in diesen Zeiten überall in der Zentrumspartei warm begrüßen. Ein reiches Maß von reinem Glauben, Mut Genugtuung glänzte noch jüngst die Presse der Oppositionsparteien zeitweilen zu blenden, daß der katholische Adel sich gegen das Zentrum entschieden wende. Die Entschließung des Vereins katholischer Edelleute zu Münster am 28. Februar wurde bewußt gedeutet, daß sie mehr aus einer Kritik an gewissen Tendenzen und Personen in der Fraktion sei, nämlich eine Absage an die Partei selbst. Dieser Auslegung ist begreiflicher Weise eine Erklärung des Grafen H. zu Stolberg-Wernigerode, des Leiters der Edelleutevereinsbewegung, in Nr. 70 des „Westf. Volksblattes" vom 12. 3. der Boden entzogen.

Der weitüberwiegende Teil der Besucher der Entschließung hebt trotz zum Zentrum, wenn er auch manche Entscheidungen in der Partei nicht billigt, seine mit ernster Besorgnis betrachtet. — Das Bekenntnis zur Mitarbeit in der Partei wird man gerne vernehmen, auch wenn sie mit abmahnenden Kritik verknüpft ist. Denn eine Absicht des katholischen Adels vom Zentrum wäre für dieses und für den Adel ein folgenschweres Uebel sein. Eine christliche Volkspartei, deren breites Fundament aus Bauern, Bürgern, Gewerbe und Berufe in ihr vereint sind, die somit das Recht in seiner Gliederung darstellt, kann auch der numerisch ganz kleinen aber in ihrer Art wichtigen bedeutungsvollen Gruppe des Adels nicht entraten. Wir sehen dabei nach denen ab, daß eine solche Trennung der Partei sehr schwerwiegend wäre, daß sie ja auch schließlich ist bei der Kulturkampfepoche ungeteilmäßig verbindet mit den Namen Reichsfürst, Wallisdrosch, Schwarzer-Wolf, Droste zu Vischering, Frankenstein, Ballestrem, Praschma, Galen und Hertling.

Scharfsich wäre die Abmahnung eines unbeliebten Zentrumsfreundes der Partei mit dem katholischen Adel ein Auseinandersetzen das auf der Rechten sich alters bestehen, kaum denkbar widerlegen Verwurfs von der nationalen Minderwertigkeit des Zentrums. Für den katholischen Adel wäre der Austritt aus der Partei eine harte Enttäuschung, der eine lange Reihe auf dem Fuße folgen würde. Im konfessionellen Staate wegen Wirkungen der Parteiebenen nur konnte, als die Kräfte für die Gesamtheit zur Geltung bringen. Im katholischen Adel ist der katholische Adel von der Rechten nicht notwendig bei den Adligen Ständen in bestehen den Ausdruck erweden, als bei der Adel wichtigen Interessen gehen nicht mehr gemeinsam. Gewiß, kein einsichtiger Zentrumsmitglied, den die Persönlichkeiten der Kreuzlein, Salm-Reifferscheidt, Droste, Geyer, Galen, Kardinal u. a. einmal begegnet sind, kennte an Ihrem sicher hoffen Verhältnisse, an Ihrem positiven Eintreten für die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Kirche, an ihrer konkreten Vaterlandsliebe zweifelnd. Wohlen sich aber nicht gerade für diese Namen lebende Gesinnungsfreunde ergeben gesichts des Urtheiles der politischen Demokratie, des Kaiser des Menschen, der Republik, der Republik des katholischen Charakters des Reiches, der Gestaltung der christlichen Erziehung?

Wenn man rückschauend die unerspießlichen Kämpfe um die Maßlosigkeitsreform, die Friedensresolution und die Parlamentsreform betrachtet, so wird man zugeben müssen, daß es hier um ein gewisses Mögen, um das Prestigeobjekt des Staatsoberhaupt handelte. Ein wenn die Verteidiger der alten Grundlagen des Staatswesens nicht ohne weiteres als eigensinnige Reaktionäre hinzuweisen kann. Nur der Heft treuer Bürgerlichkeit sich einen Großen Hertling, der sich mit dem Scharfsinn eines gelehrten Staatsmannschen Wissens für die Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen einsetzte, seine Kenner niederlegen, weil er von der Unbeweglichkeit der Reichsämter und Ministerien an parlamentarische Mäßigkeitsfragen Abstand bewegte. Wie steht Ihr aber das politische Urteil Ihrer gesetzten Zentrumsführers glänzend ab von der politischen Enge und Starrheit der konservativen Führer Graf Westarp und Graf Posadowsky. — Wenn man sich vom katholischen Adel erwarten, daß er sich gelegentlich seiner Bewerung auf Traditionen Gebiete, worin sie den Bereich ihrer Kräfte noch nicht erreicht hat. Die Kaiserfrage ist ein entstrickte Herrscherhäuser war zu allen Zeiten ein Mal ein Erbteil außer deutscher Fürsten. Ihre Stellung als Kirchen Größe bereit, deren Standhaftigkeit auch ins Unglück anführt, und mit Recht feierte einst ein deutscher Kaiser die großen Gaben, die die Kaiser Wissenschaftlichen Geiste trugen, im Gottesdienst germanischer Treue.

Jede gemeinsame Verbindung der katholischen Bevölkerung mit der katholischen Adel aber um des Gewissens willen von sich. Wir wissen als Christen bewußt sein, der republikanischen Regierungs-Eifersucht und Gereiztheit zu entweichen, sagte Clemens Graf Galen („Germania" Nr. 20, 7. 1919). Daß Kirche Kampf um ihre außerlegter Pflicht und anderen hohen ethischen Gütern sich leicht ist, keine leicht erwellen. Manche Erkenntnisse und Aufforderungen kommen bei den Zentrumsfreunden die leichtes-schwierige Lage dieser Partei nach erfahren. Es ist daher wohl begreiflich, daß aus ihrer Mitte Klage und Kritik laut wurde. Mit besonderer Wucht traf ein Erlaß Wissenschaftsminister, von Königlich, diese Bischofsmitte in zwei Artikeln: „Das Zentrum am Scheidewege", in der München-katholischen Blättern, 1. und 2. Heft 1920, niederzeigt. Es ist ihm nicht Mann, die einbeunglücke und äußerst scharfe Kritik dieses Zentrumsmahngrenzen an der Partei und Fraktion auf ihre Verdienste und ausgezeichnet. Gegenüber dem schärfst persönlichen, im gleichen Werke geschilderten Kommentare, die der Verfasser aber in der Reichsgesetze zu der Entschließung der katholischen Adelsgruppe vom 28. 2. gibt, scharf es einen tiefen Urteils über jenen erhaben Artikel. H. E. ist Freiherr v. Königlich nicht gelungen, der außerordentlich schwierigen und auch sehr begreiflichen Lage der Fraktion und Partei in den letzten Jahrzehnten gerecht zu werden. Die Tatsache, sie er zur Autorität geht, in dieser Frage wiederher weil die Bischofsfähigkeit der Aufgaben seit 1914 auf jedem Gebiet für die Partei ohne Vorbild ist.

Es ist bedauerlich, daß bei einem Zentrumsverfechter und ihre Politik auf das Protokollbuch eines notwendig anderen Vergangenheit zu spannen. Das führt leicht zu einer Rückschreibung, die im politischen und gesellschaftlichen Leben geschehen, für manche Verhältnisse geradezu verhängnisvoll ist. Manch es anbetracht, ist, daß für die alten Grundsätze des Zentrums die Wirkungsmöglichkeit in der neuen Zeit erschwert bleibt. Gleich kommen wir dem Fürsten Clemens durchaus bei und folgen hinzu, daß wir auch die Verhältnisse eines sachlich-sachlichen Mäßigkeitsfragen für eine bedrängende Gegenwartsaufgabe unserer Partei halten.

— Dem grundsätzlichen Gesichtspunkt aus möchten wir der Frage des katholischen Adelsstandes auf die reichhaltigen Darlegungen von Prof. H. Schrörs über Adelserhebung und Heraldik in dem Sammelwerk Deutschland und das katholische Adelsproblem hinweisen.

Zweifelsfrei erscheint uns die Stellungnahme des Fürsten Bismarck:

„Es muß mehr wie eine Partei geben, in die der Adel paßt. Wer es gibt heute nur eine Partei, die für das katholische Volk paßt, und der katholische Adel gehört zum Volk. Das Volk ist Führer und heute noch."

Wir wollen diese Gesichtspunkte hier, Hemmschwierigkeiten in der Partei und an Wegweisen bestimmt gemacht sein, sie werden vergeben, aber nur durch die treuen Mitarbeit hier Gleichen in der Partei. Mit besonderer Genugtuung haben wir daher das machtvolle und einmütige Bekenntnis des Verbandes katholischer Mittelmeinungen zum Zentrum in der bisherigen Oberschlesien-Versammlung in Kattowitz begrüßt. Den Zeitkerzen „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" ist die katholische Vereinigung einer katholischen und deutschen Zentrumspartei verbleibt. Möchten das Bekenntnis Ihrer Vereinsamen folgen und sich dabei die kräftigsten Wahlkreise eines edlen, deutschen katholischen Fürstenhauses erinnern: Providentiae memor. Sich vertraut der Bewährung!

Politische Uebersicht.

Saarlouis.

Erklärung des Mitgliedes der Regierungskommission Herrn Mauser.

Bekanntgegeben in der Sitzung der Regierungskommission vom 10. April 1920.

Herr Präsident! Meine Herren!

Als ich mich entschloß, in die Regierungskommission des Saargebiets einzutreten, tat ich es im vollen Bewußtsein der hoch Ehrenamtmann Beamtenpflichten. Vom Vaterland ernannt, übernahm ich eine Ehre den Auftrag, an der Verwirklichung eines hochwichtigen Abschnittes des Versailler Friedens mitzuwirken.

Der Friedensvertrag hat durch den Willensspruch auf die Regierung des Saargebiets bezüglichen Bedingungen in wuchtvoller Weise Ausdruck gegeben. Meine Stellung geht nun dahin, daß es die Pflicht des Bundesbundes ist, die Bestimmungen des Friedensvertrages, die um als Richtlinien und Stützpunkte dienen, Achtung und Geltung zu verschaffen.

Soweit man meine Person in Betracht zieht und soweit jeitens des Bundesbundes keine anderen Mittel angewandt erscheinen, werde ich mich allen Kräften bemühen, ohne jegliche Rücksichtnahme, ohne mich, wer der Gewalt leiten zu lassen, aber auch ohne jedoches Bewußtsein der Pflichten, die ich als Mitglied der Regierungskommission übernommen habe, gewissenhaft nachzukommen.

Es wird mein aufrichtiger Wunsch, aber auch mein lebhaftes Bemühen sein, für den Frieden, die Wohlfahrt und das Glück der Saarbevölkerung einzutreten. Dieses Ziel kann indessen meines Erachtens nur erreicht werden durch ein gehorsames Befolgen der Bestimmungen des Friedensvertrages und durch ein loyales und tatsächliches Zusammenarbeiten seitens der Bevölkerung mit der Regierungskommission.

Von der Proclamation, die ich im Namen der Kommission erlassen habe, bedarf ich keinerlei zurücknommen. Die erfolgte nur meiner Dienstpflicht, allein ich kann Ihnen die Versicherung abgeben, meine Herren, daß ich mit den Entschließungen Gewalt und auch mit den Gesetzen, die heute zur Ausbrand gelangten, vollkommen einverstanden bin. (Amtsblatt der Regierungskommission.)

Deutschland.

Entschließungen des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei.

Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei war am 17., 18. und 19. April 1920 zu einer außerordentlichen Tagung in Berlin versammelt. Die Tagungen begannen und hat in eingehenden Beratungen folgende Entschließungen einstimmig gefaßt:

1. Beim Abschluß der Tagung der deutschen Nationalversammlung spricht der Reichspartei-Ausschuß der Fraktion der Nationalversammlung seine volle Anerkennung aus für die vortreffliche, verantwortungsvolle Arbeit am Wiederaufbau des Reiches und bekundet sie ein kameradschaftliches Mitarbeiten.

2. Der Reichsausschuß der Zentrumspartei erkennt einmütig an, daß die Grundsätze aus den Tagen Windthorsts und von Mallinckrodt auch der Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung immer verantwortlich haben. Den Unterschied zwischen dem Einst und Jetzt im politischen Leben erklärt der Reichsausschuß nicht in einer Aenderung der Grundsätze, sondern in dem gewaltigen Wandel der Zeit. Nicht die Grundsätze haben sich geändert, sondern die Zeiten.

3. Die Stärke ihrer alten Ueberlieferungen hat die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung mit aller Kraft bewiesen, die Rechte der Kirche, die Freiheit der kirchlichen Genossenschaften, die christliche Erziehung, die konfessionelle Schule und die Elternrechte auf die Erziehung zu wahren. Was die Fraktion als Mindestheil der der Verfassung erreichen konnte, hat sie unter möglichen Anstrengungen und Gegen erreicht. Aus dem gleichen Geiste heraus war die Fraktion bereit durchzuringen, daß in dem nichtsnutzigen und moralischen Niederbruch des bedrohlichen Wolkes eine Rettung nur möglich ist, wenn es gelingt, den christlichen Gemeinschaftsgeist, das Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein wieder in allen Schichten des Volkes aufzurichten und zu fördern. Darum hat sie sich mit aller Entschiedenheit dafür eingesetzt, daß die Gedanken in der neuen Reichsverfassung zur Geltung zu bringen.

4. Die christliche Staatsanschauung, an der sich die Zentrumspartei jederzeit orientiert, schreibt keine Bestimmte Staatsform vor. Nicht die Staatsform ist das Entscheidende, sondern der Geist, der die Form belebt: Achtung vor der Autorität, Pflichtbewußtsein und Ordnungsliebe. Die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung hat sich für Wahrung der Autorität und der Ordnung, für die Weckung und Vertiefung des Pflichtbewußtseins in allen Kreisen unablässig bemüht und sie einen Freiheit darüber gelassen, daß diese Grundlagen des Staatswesens nur in engster Beziehung mit der Wirksamkeit der christlichen Lebensweisheit unerschütterlich gesichert erscheinen.